

Umweltflüchtlinge.

Klimawandel, Migration und Menschenrechte

Mit Beiträgen von Annette Groth und Michael Müller

Herausgeber: NaturFreunde Deutschlands, Bundesvorstand
Warschauer Str. 58a
10243 Berlin
Tel. (030) 29 77 32-60
Fax (030) 29 77 32-80
info@naturfreunde.de
www.naturfreunde.de

© 2010

Vorwort

Eine Welt oder keine Welt. Auf diese – zugegeben – simple Formel lässt sich ein Gedanke bringen, der unser Jahrhundert prägen könnte. Entweder wir finden eine Antwort auf die globalen Fragen im Sinne des Prinzips der Nachhaltigkeit, oder es steht zu befürchten, dass wir ein Jahrhundert der Gewalt erleben müssen. Klimawandel und Migration sind dabei Teilaspekte einer Situation, in der die Menschheit die natürlichen Grenzen des Wachstums erlebt und sich zugleich mehrheitlich einem kapitalistischen System verschrieben hat, dessen Credo ungezügelter Wachstum und Profitmaximierung heißt.

Erstmals erleben wir am Beispiel des CO₂-Ausstoßes der Industriegesellschaften im globalen Maßstab, dass Naturschranken überschritten werden. Mit einer Zeitverzögerung von etwa fünfzig Jahren wurden Prozesse einer Klimaveränderung eingeleitet, die in Zukunft zu raschen, sprunghaften Veränderungen der Lebensbedingungen in weiten Teilen der Erde führen können. Nicht nur die Anpassungsfähigkeit unserer Mitwelt, sondern auch die vieler menschlicher Gesellschaften wird über alle Maßen strapaziert.

Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands, skizziert in seinem Beitrag die wahrscheinliche Entwicklung und die Gefahren eines Überschreitens der Klimaerwärmung um mehr als 2 Grad Celsius. Wir wissen heute alle, dass 9 Milliarden Menschen in unserem Jahrhundert die natürlichen Lebensgrundlagen der Erde in Anspruch nehmen werden und dass der Lebensstil der wenigen reichen Länder auf der Welt nicht verallgemeinert werden kann. Wer wie der amerikanische Präsident bei Klimaverhandlungen erklärt, der „american way of life“ sei nicht verhandelbar, hat sich de facto schon für die Gewaltoption ausgesprochen. Aber auch bei aller militärischen Übermacht ist diese Position letztlich nur hilflos. Wenn Obama den Einsatz einer Drohne (ein unbemannter militärischer Flugkörper) anordnet, denken wir gemeinhin an Afghanistan und Pakistan. Der jüngste Einsatzbefehl gilt jedoch der Demarkationslinie zwischen Arm und Reich, zwischen den USA und Mexiko, gesichert von einem elektronisch gesicherten Sperrzaun in Texas.

Annette Groth, MdB und NaturFreundin, stellt in den Mittelpunkt ihres Beitrages die schreiend ungleiche Verteilung, wenn die 400 reichsten Menschen über soviel Einkommen verfügen wie die Hälfte der Menschheit. Sie zeigt am Beispiel Europas auf, dass die EU sich nicht nur zur Festung gegen Migration entwickelt, sondern zugleich diejenigen Flüchtlinge, die es irgendwie geschafft haben nach Europa zu gelangen, in ein perfides System der Ausbeutung von Rechtlosen einbindet. Sie klagt die Anerkennung der Menschenrechte aller Flüchtlinge ein.

Es war dies auch der Leitgedanke eines Antrages, den die NaturFreunde Deutschlands unter dem Titel „Kein Mensch ist illegal“ in den Kongress der

Naturfreunde Internationale einbrachten. Zusammen mit unseren Freundinnen und Freunden in Europa und Afrika wollen wir eine Diskussion eröffnen, welche Perspektiven einer anderen Entwicklung möglich sind. Wir wollen der Angst entgegentreten, die von rechten Wahlkämpfern gerne geschürt wird, wenn es um das Thema Migration geht.

Nicht die Migranten sind das Problem, sondern ein System, das weltweit zu Verelendung und Armut führt. Hauptbetroffene von Migration in Afrika sind im Übrigen afrikanische Länder selbst. Und Migration kann sehr positiv auf die Aufnahmegesellschaften wirken. Alternativen für eine nachhaltige Zukunft zu entwickeln, ist unsere gemeinsame Aufgabe. Eine kleine, kommentierte Auswahl von Literatur lädt über diese Broschüre hinaus ein, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Hans-Gerd Marian
Bundesgeschäftsführer der NaturFreunde Deutschlands

Michael Müller

Eine-Welt oder Keine-Welt

Klimaänderung und Flüchtlingsbewegung

Die verdrängte Katastrophe

Auf die Weltgemeinschaft kommt eine humanitäre Katastrophe zu: Der Klimawandel wird zum Angriff auf die Zukunft aller Menschen. Das Schmelzen der Gletscher in den lateinamerikanischen Anden oder in Asiens Himalaja, die Zerstörung der Landwirtschaft in der Sahelzone Afrikas, die Folgen des steigenden Mekongdeltas oder der Untergang ganzer Inselgruppen Ozeaniens sind zu einem großen Teil nicht mehr abzuwenden, weil der Klimawandel die tückische Eigenschaft hat, einen langen Bremsweg von 40 bis 50 Jahren zu haben. Anders gesagt: Wir erleben heute erst die Anreicherung der Treibhausgase Ende der sechziger Jahre, können aber die Veränderungen bis Mitte unseres Jahrhunderts nicht mehr verhindern.

Die Menschheit muss das tun, was sie scheinbar am wenigsten kann: Sie muss vorhersehen, welche Gefahren sie mit ihrem alltäglichen Angriff auf die Zukunft auslöst, um sie, die noch nicht sichtbar sind, zu verhindern. Die übliche Form, erst zu reagieren, wenn die Katastrophe sichtbar wird, funktioniert beim Klimawandel nicht. Deshalb ist es eine wissentliche Kolonialisierung der Zukunft, was die Menschheit seit 25 Jahren macht. Seit Mitte der achtziger Jahre wissen wir Bescheid.

Seit den großen Klimakonferenzen der Vereinten Nationen, die damals vom Umweltbüro und der WMO durchgeführt wurden, ist der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln immer größer geworden. Dahinter steht ein gigantisches Versagen der Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Dabei hat der *Deutsche Bundestag* schon 1988 konkret aufgezeigt, wie Strategien zur Reduktion des klimaschädlichen Kohlendioxids um rund 35 Prozent bis zum Jahr 2005 bei einem gleichzeitigen Ausstieg aus der Atomenergie aussehen können. Doch zu einem wirklichen Umbau ist es bis heute nicht gekommen.

Jetzt hat Deutschland eine Bundesregierung, die von den erneuerbaren Energien redet, aber die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern und neue Kohlekraftwerke zulassen will. Wie es da zu einem Umbau kommen soll, bleibt völlig unklar. International ist die Diskrepanz noch größer.

Nun holen uns die Folgen der organisierten Verantwortungslosigkeit ein. Die Zahl der Flüchtlinge steigt an, das 21. Jahrhundert droht zum Jahrhundert

der Flüchtlinge zu werden. Das internationale Rote Kreuz nennt heute bereits die Horrorzahl von 500 Millionen betroffenen Menschen. Bisher wird das Problem jedoch weitgehend ignoriert, obwohl die Vertriebenen aus ökologischen Gründen schon heute den größten Anteil an der Migrationsbewegung stellen. Doch selbst der UN-Flüchtlingskommissar in Genf ignoriert das Thema. Kein Wort auf der Internetseite und stets ein schnelles Abschieben dieser Gruppe auf andere Organisationen.

Die Fakten sind bekannt

Dabei sind die Fakten eindeutig: Rund dreißig der ärmsten Länder der Erde drohen durch den Klimawandel massiv geschädigt zu werden. Vielen Menschen erfahren, weil die Öko-Systeme zusammenbrechen, Armut, Verödung, Destabilisierung und Gewalt. Ihnen bleibt nur die nackte Flucht. Wo einst fruchtbare Flächen waren breiten sich Wüsten aus. Das Inselparadies Tuvalu verschwindet unter Flutwellen. Ganze Siedlungen verschluckt der Matsch auftauender Permafrostböden. Und das ist erst der Anfang.

Der 4. Sachstandsbericht des Weltklimarates zeigt die Dimension der Gefahren auf: In Asien sind fast 40 Prozent der rund 635 Millionen Menschen in den niedrigen Küstenzonen oder Küstendeltas existenziell durch den steigenden Ozean und häufigeres Hochwasser der großen Flüsse bedroht. In Lateinamerika schmelzen die Gletscher in einem derart rasanten Tempo, dass allein in den letzten 18 Jahren fast ein Viertel der Eismasse verloren ging. Von ihr sind jedoch 100 Millionen Menschen beim Trinkwasser und bei der Energiebereitstellung abhängig. In Afrika, wo schon 230 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung leiden, droht bei einer globalen Erwärmung um 2 Grad Celsius die landwirtschaftliche Produktion auf die Hälfte zurückzugehen. Überall wären die Folgen unvorstellbar.

Doch es passiert. Und nicht nur in den armen Weltregionen. Der Hurrikan *Katrina*, der New Orleans mit aller Wucht getroffen hat, machte deutlich, dass Klimaflucht nicht auf die Entwicklungsländer begrenzt bleibt. Selbst reiche Industriestaaten können sich nicht schützen. Wenn nichts passiert, kommen schon in den nächsten 30 Jahren rund 200 Millionen Umweltflüchtlinge dazu.

Derzeit steigt die Kohlendioxidkonzentration um 2 ppm (parts per million) pro Jahr. Der heutige Wert liegt bereits bei 385 ppm, normal wären 100 ppm weniger. In spätestens 30 Jahren wird der Pegel auf 450 angestiegen sein, dann ist der Punkt der Aufheizung, der nach den Bekundungen der Staatshäupter nicht überschritten werden darf, bereits erreicht und das Drama läuft mit der Härte der Naturgesetze ab.

Diese wenigen Beispiele zeigen: Eine gravierende Folge des vom Menschen verursachten Klimawandel wird eine globale Migration sein, die alle bisher bekannten Flüchtlingsbewegungen weit übertreffen dürfte. Dabei haben in der Geschichte der Menschheit Völkerwanderungen schon immer einschneidende

Folgen gehabt. Strategien zur Vermeidung und zur Steuerung der Zuwanderung sowie für eine nachhaltige Integrationspolitik sind deshalb zentrale Zukunftsaufgaben.

Schon heute werden die ökologischen Gefahren dazu missbraucht, neue Mauern in der Welt aufzubauen. Dagegen ist das Ziel der NaturFreunde eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Weltinnenpolitik und keine Militarisierung der internationalen Politik. Die europäische Grenzpolizei *Frontex* ist für uns nicht nur der falsche Ansatz, sondern auch eine gefährliche Sackgasse, in der die zivile Politik nur scheitern kann.

Zur Weiterentwicklung der sozialen Demokratie gehört, dass die Zu- und Abwanderung fair organisiert wird. Sie versucht, die Probleme an den Wurzeln aufzugreifen und durch mehr Gerechtigkeit zu lösen, statt nur die Folgen zu sehen und mit aller Macht von den Zentren der industriellen Welt fernzuhalten. Es geht um nicht weniger als um die Frage nach dem Frieden auf der Erde.

Klimawandel und Sicherheit

Die Risikoanalyse des *Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* zeigt auf, dass ohne ein entschiedenes Umsteuern der Klimawandel die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern wird. Daraus erwachsen Gewalt und Instabilität, welche die Sicherheit der Welt und ihrer Staaten in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gefährden werden. Drei Umweltkrisen durch die Aufheizung der Erdatmosphäre sind besonders hervorzuheben:

Erstens die direkten Folgen des Klimawandels, wenn Dürren, Wasserknappheit und Bodendegradation verschärft und damit Landnutzungskonflikte verstärkt werden. Der Temperaturanstieg gefährdet in manchen Erdregionen ganz schnell die Existenzgrundlagen vieler Menschen und damit die menschliche Sicherheit.

Zweitens bedrohen steigende Meeresspiegel und zunehmende Sturm- und Flutkatastrophen Stadt- und Industrieregionen, besonders an den Küsten Chinas, Indiens und der USA sowie der armen, bevölkerungsreichen Länder wie Bangladesh. Hinzu kommen die Gefahren aus dem schnell abfließenden Wasser aus dem Schmelzen der Gletscher in den großen Gebirgszonen der Erde.

Drittens können großskalige Veränderungen im Erdsystem mit weit reichenden Folgen nicht ausgeschlossen werden. Denkbar ist das Austrocknen des Amazonasbeckens oder das Ausbleiben des asiatischen Monsuns. Welche Folgen das für Wirtschaft und Gesellschaften hat, ist schwer vorherzusagen.

Der Beirat zeigt unterschiedliche Konfliktsituation, ihre Folgen und regionale Brennpunkte auf. So haben schon heute über 1,1 Milliarden Menschen

keinen gesicherten Zugang zu Trinkwasser, 850 Millionen Menschen sind unterernährt, mehr als eine halbe Milliarde Menschen sind von Flut und Hochwasser bedroht.

Regionale Schwerpunkte sind Nordafrika durch Austrocknung und Versalzung, die Sahelzone durch einen hohen Umweltstress, das südliche Afrika durch die Verschärfung der Armut, Zentralasien durch eine überdurchschnittliche Erwärmung, die Probleme bei Wasser und Ernährung zuspitzen. Indien, Pakistan und Bangladesch sind vornehmlich durch die Zunahme von Flut und Wirbelstürmen gefährdet. In Ozeanien drohen Inseln unterzugehen. China muss massive Rückschläge bei der nachholenden Industrialisierung befürchten. Der Golf von Mexiko und die Karibik werden immer häufiger starke Hurrikane erleben. Die Andenregion und Amazonien werden betroffen sein von der Gletscherschmelze mit schmerzlichen Folgen für Wirtschaft, Energie und Trinkwasser.

Deshalb ist die Warnung, die auch Ralf Dahrendorf ausgesprochen hat, berechtigt: Wenn die Prozesse, die im weitesten Sinne mit der Globalisierung verbunden sind, nicht im weitesten Sinne sozial geregelt werden, droht ein autoritäres Jahrhundert mit tiefen Spaltungen und Verteilungskonflikten. Die Natur, deren Beherrschung die europäische Moderne in den letzten 200 Jahren als Sieg der Vernunft gefeiert hat, kommt als stärkster Akteur auf die Bühne der Geschichte zurück.

Verteilungskonflikte drohen

Der Klimawandel allein ist bereits eine gewaltige Herausforderung, er muss jedoch in einem engen Zusammenhang mit der Verknappung der Ressourcen, der nachholenden Industrialisierung bevölkerungsreicher Erdregionen und den weit reichenden Verschiebungen in der Weltpolitik gesehen werden. Der Höhepunkt der kommerziellen Ölförderung wurde wahrscheinlich Mitte letzten Jahrzehnts überschritten.

Lithium, Gallium und Rhenium, wichtige Metalle, die wir für Batterien, Flugzeugturbinen und Solarkollektoren brauchen, gehen noch schneller zur Neige. Verteilungskonflikte drohen, aus denen Ressourcenkriege werden können. Ähnliche Gefahren gibt es bei Wasser und der Ernährung. Doch bisher steuert die Menschheit unbeeindruckt von den Warnsignalen in die Katastrophe.

Bei den Schwellenländern geht es um einen Nachholprozess, der aber durch die schiere Quantität eine neue Qualität der Naturzerstörung annimmt. Natürlich verursacht ein Bürger der USA das Fünffache der CO₂-Emissionen eines Chinesen. Dennoch ist China bereits der größte Emittent der Welt. Und waren vor 20 Jahren die Industriestaaten noch für mehr als 70 Prozent der Treibhausgase verantwortlich, kommen heute auf die Entwicklungs- und Schwellenländer über 50 Prozent.

Durch den Aufstieg neuer, bevölkerungsreicher Mächte, insbesondere China, Indien und Brasilien, verschieben sich auch die Gewichte in der Weltpolitik. Die USA erleiden einen starken Machtverlust. Die Welt wird sowohl instabiler als auch neu geordnet. Auch das wirkt sich, wie die Klimaschutzkonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen gezeigt hat, bremsend auf die Verhandlungen für einen globalen Klimaschutz aus.

Große Umbrüche waren bisher stets mit Turbulenzen und Fluchtbewegungen verbunden. Derzeit ist nicht zu erkennen, wer die Lage stabilisieren kann und wie. Im Gegenteil: Die globale Finanzkrise hat die Prozesse der ökologischen Modernisierung erst einmal gebremst.

Von daher ist, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten, überall auf der Erde eine neue Denkweise notwendig. Maßstab ist die gemeinsame, wenn auch unterschiedlich aufgeteilte Verantwortung. Dabei kann und darf die Verantwortung für vertriebene Bevölkerungsgruppen durch den Klimawandel nicht allein auf den Schultern der am meisten betroffenen Staaten liegen.

Politikempfehlungen

1. Umwelt- und Klimaflüchtlinge sind Flüchtlinge und müssen als solche anerkannt werden.
2. Mehr und schneller gegen den Klimawandel handeln, das ist das wichtigste Gebot, um Zeit zu gewinnen und die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern. Maßstab ist noch immer die Vorgabe des Erdgipfels von 1992, die Treibhausgase so schnell wie möglich auf ein Niveau zu senken, das keine dauerhaften Schäden am Klimasystem verursacht.
3. National muss Deutschland eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen und die Europäische Union antreiben. International sind neue Impulse notwendig, insbesondere faire Finanzierungsmechanismen und ein kooperativer Technologietransfer.
4. Zentral ist eine Energiewende, die auf den drei Zielen Einsparen, Effizienzrevolution und erneuerbare Energien aufbaut. Das gilt für alle drei Bereiche Strom, Wärme und Mobilität.
5. Die globale Landwirtschaftspolitik muss grundlegend reformiert werden. Die heutige Zerstörung und industrielle Vermachtung muss beendet werden. Regionale Märkte bekommen Vorrang vor der industriellen Einheitsproduktion.
6. Leitlinie für die globale Zusammenarbeit muss die Nachhaltigkeit sein, deren Zentrum die Ökologie ist und die in erster Linie eine Gerechtigkeitspolitik ist. Dafür muss die UNO reformiert und gestärkt werden.

7. In den Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung gehört ein Klima- und Rohstoffregime zwingend dazu. Die Länder, die sich um ehrgeizige Klimaschutzziele bemühen, bekommen Schutz und Anerkennung – zum Beispiel durch einen Grenzsteuerwertausgleich auf ökologische Produkte und Technologien.
8. Im Zentrum der Politik muss eine Weltinnenpolitik stehen, die dauerhaft die Würde und die Grundrechte der Menschen schützt. Sie orientiert sich an der Nachhaltigkeit.
9. Die Entwicklungspolitik muss ihre selbst vorgegebenen Ziele schnell verwirklichen, also insbesondere im ersten Schritt eine Erhöhung der Entwicklungsziele auf 0,7 Prozent des BSP.
10. In die Anpassungsmaßnahmen zum Klimaschutz müssen die Migrationsfragen einbezogen werden. Auch international heißt das Kooperation statt Abschottung.

Nachhaltigkeit oder Gewalt

Immer deutlicher zeichnet sich ab: Der zusammenwachsenden Welt droht entweder eine Zukunft der Gewalt und Verteilungskonflikte oder sie wird heute fähig, die Weichen auf Kooperation, Demokratie und Nachhaltigkeit zu stellen. Das ist eine gewaltige Herausforderung, denn dafür müssen der seit Jahrhunderten eingeschliffene ökonomische Egoismus und die Naturvergessenheit überwunden werden.

Notwendig ist eine faire Welt mit einer vielfältigen Kultur, aber gemeinsamen Verantwortungsethik der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Verträglichkeit. Eine Einrichtung der Welt, die auf Dauer Bestand hat und nicht von kurzfristigen Gewinninteressen getrieben wird.

Eine solche Welt entspricht dem europäischen Erbe der Emanzipation, Freiheit und Solidarität. Sie braucht eine neue Aufklärung, die von den globalen Herausforderungen ausgeht. Die NaturFreunde können dazu wichtige Beiträge leisten.

Annette Groth, MdB

Flüchtlingen eine Perspektive geben!

Immer mehr Menschen befinden sich heute weltweit auf der Flucht. Ökologische Katastrophen, Armut und Perspektivlosigkeit sind Hauptursachen für Flucht von Menschen aus ihren Regionen. Obwohl die Gründe für diese Entwicklung vor allem in den ungerechten ökonomischen Grundlagen der heutigen Weltwirtschaft zu suchen sind, wird gerade in den Gesellschaften der reichen Industriestaaten Flucht und Migration als Gefahr dargestellt. Medien, PolitikerInnen und sog. „ExpertInnen“ suggerieren vielfach, dass MigrantInnen und Flüchtlinge eine Gefahr darstellen und dass sie den Wohlstand der reichen Länder gefährden könnten. Dieser weit verbreiteten Meinung müssen wir durch eine Aufklärungskampagne über die vielseitigen Ursachen von Flucht und Vertreibung entgegen treten, und durch eine Politik, die auf die Einhaltung der Menschenrechte drängt.

Zahlreiche Unternehmen in den Industriestaaten beuten die rechtlosen EinwandererInnen aus. Aufgrund ungesicherter Lebensverhältnisse schaffen die Einwanderer zu Niedriglöhnen und ohne jeglichen Schutz einen Mehrwert für die Industrienationen, der ansonsten nur noch durch die derzeit übliche Verlagerung von arbeitsintensiver Arbeit in Niedriglohnländern gewährleistet wäre. Diese unterdrückerischen Ausbeuterverhältnisse spiegeln nicht mehr als eine globalisierte Wirtschaftsdynamik, die den Profit in den Vordergrund stellt und Menschen und gerade Flüchtlinge als Rechtlose in den Hintergrund drängt. Sie werden zu menschenunwürdigen Bedingungen ausgenutzt und haben keine arbeitsrechtlichen Grundlagen.

Solange Unternehmen von den prekären Lebensverhältnissen der Flüchtlinge profitieren, haben genau diese Kräfte kein Interesse daran, diese ausbeuterischen Strukturen zu verändern. Solange diese Unternehmen an dem ungesicherten Status der Flüchtlinge und MigrantInnen Millionen verdienen, besteht kein Anlass, den Flüchtlingen den ihnen zustehenden Opferschutz zu gewährleisten. Vielmehr werden Flüchtlinge medial diffamiert, um von den tatsächlichen Ausbeutungsmechanismen abzulenken.

Wir erleben hier also ein Zusammenwirken von Nutznießern der rechtlosen Situation der Flüchtlinge und rechtspopulistischen und rassistischen Parteien. Beide nutzen die soziale Unsicherheit immer größerer Teile der Bevölkerung in den Industriestaaten aus und stacheln zu Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Antiziganismus auf. Mit dem Argument, dass Flüchtlinge angeblich unseren westlichen Lebensstandard bedrohen, werden immer mehr Menschen in illegale Ausbeutungsverhältnisse gezwungen. Somit wird die rechtlose Situation der Flüchtlinge weiter massiv verschlechtert.

Leider tragen auch demokratische Parteien zur Verschlechterung des innenpolitischen Klimas bei. Mit ihren Kampagnen gegen Migrantinnen und Migranten, wie wir sie in etlichen EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Österreich, Italien, Bulgarien oder Rumänien selbst von fortschrittlicheren Kräften erleben mussten, öffnen sie argumentativ die Tür für die rechts-populistische und rassistische Hetze der ausländerfeindlichen Rechtsparteien. Mit den Forderungen nach einer immer repressiveren Flüchtlingspolitik innerhalb der EU wird der politische Diskurs immer weiter nach rechts verschoben. Die politischen und wirtschaftlichen Fluchtursachen werden völlig ausgeblendet.

Mit ihrer migrationsfeindlichen Politik verhindern die Staaten und die EU, dass Flüchtlinge ein sicheres Land erreichen können. Durch die ständige Verschärfung der Ausländerpolitik, haben die Staaten der EU eine doppelte Schuld auf sich geladen: Auf der einen Seite sind es die reichen Industriestaaten, die maßgeblich dazu beitragen, dass Menschen gezwungen sind, zu fliehen. Auf der anderen Seite bauen diese Staaten unüberwindbare Festungen auf, um die Flüchtlinge abzuhalten, in die „Paradiese“ EU oder USA zu kommen. Es ist eine Schande, wenn Gitterzäune im Süden der USA, hochtechnisierte Grenzanlagen an der Schengen-Grenze im Osten der EU und eine Politik des systematischen Abdrängens von Flüchtlingsbooten im Mittelmeer durch die Grenzschutzorgane und FRONTEX zur „normalen“ Politik der reichen Industriestaaten geworden sind.

Die überwiegende Anzahl der Menschen, die vor Krieg, Hunger, Umweltkatastrophen oder katastrophalsten sozialen Verhältnissen fliehen müssen, sind als Binnenflüchtlinge im eigenen Land unterwegs. Nur ein winziger Bruchteil der Flüchtlinge erreicht überhaupt die Staaten des „reichen Nordens“. Durch die militärische Aufrüstung der EU-Außengrenzen wird es Flüchtlingen fast unmöglich gemacht, überhaupt in die EU zu kommen. So bleibt ihnen zumeist nur der illegale Weg, an dem Schlepperbanden gut verdienen.

Durch die Abschottungspolitik fördert die EU die menschenverachtenden und ausbeuterischen Strukturen der Schlepperbanden und des Menschenhandels. Statt durch eine liberale Migrationspolitik Menschen zu helfen, legal in den Staaten der EU arbeiten zu können, werden sie durch die restriktive Flüchtlingspolitik in die Illegalität und damit in einem ausbeuterischen Kreislauf nach unten gezwungen.

Was sind die Fakten:

- Zurzeit müssen sich mehr als 190 Millionen Menschen als Arbeitsmigranten aufgrund der ökonomischen Perspektivlosigkeit ihrer Heimatregionen unfreiwillig außerhalb ihrer Heimat aufhalten.
- Mehr als 10 Millionen Menschen sind Kriegsflüchtlinge, die unter dem Schutz der UN-Flüchtlingskonvention stehen.
- Die Zahl der Binnenflüchtlinge, also der Menschen die im eigenen Land auf der Flucht sind, ist dramatisch angestiegen. Nach einer Schätzung der UN befinden sich mehr als 25 Millionen Menschen im eigenen Land auf der Flucht, da der Weg in einen sicheren Drittstaat versperrt ist.

- Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Migration, Armut und Umweltbelastungen. Heute befinden sich mehr Menschen vor Umweltkatastrophen auf der Flucht als vor Kriegen. Mehr als 250 Millionen Menschen sind direkt von Wüstenbildung betroffen. Durch den Raubbau an der Natur ist etwa ein Drittel der Erdoberfläche, über vier Milliarden Hektar Land, von Verödung bedroht. Dadurch wird die Lebensmöglichkeit von einer Milliarde Menschen – meist sind es die Ärmsten der Welt – gefährdet. Bereits heute schätzt die UN, dass mehr als 50 Millionen Menschen aufgrund von Wüstenbildung, Überschwemmungen oder anderen ökologischen Katastrophen auf der Flucht sind. Allein aus den Dürregebieten in der Sub-Sahara werden in den nächsten Jahren mehr als 60 Millionen Menschen gezwungen, nach Nord-Afrika und Europa zu ziehen. Langzeitstudien über Westafrika zeigen einen konstanten Migrationsfluss aus der Sahelzone in die Küstenstädte auf, deren Bevölkerungszahl – ausgegangen vom Jahr 1997 – bis zum Jahr 2020 wahrscheinlich um das dreieinhalbfache auf 271 Millionen steigen wird.

Auch wenn die herrschende Politik das gar nicht gerne hört: Es gibt aus menschenrechtlicher Sicht keinerlei Unterschied zwischen den verschiedenen Fluchtursachen. Ausdrücklich wurde in der Präambel der beiden Menschenrechtskonventionen von 1966, der „Konvention über die politischen und Freiheitsrechte“ und der „Konvention über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“, vereinbart, dass beide Übereinkünfte unteilbar sind und nur gemeinsam verwirklicht werden können. Deshalb ist es völlig unerheblich, ob jemand flieht, weil er/sie politisch verfolgt wird oder vom Hungertod bedroht ist. Wir müssen gemeinsam dafür eintreten, dass sowohl aus einer völkerrechtlichen als auch aus einer humanistischen Tradition heraus Flüchtlingen, egal ob sie politisch verfolgt werden oder ob sie aus existenziellen ökonomischen Gründen fliehen, Schutz zu gewähren ist.

Asylrecht in der EU faktisch obsolet

Innerhalb der Staaten der EU ist das Asylrecht faktisch obsolet geworden. Menschen in Not erreichen vielfach gar nicht mehr die Staaten der EU, um ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen. Durch die Politik von EU und Regierungen werden Flüchtlinge an die Außengrenzen der EU abgedrängt. So sehen die Bewohnerinnen und Bewohner der Festung Europa das Elend der MigrantInnen und Flüchtlinge nicht. Die Menschen sterben an unseren Grenzen, ohne dass wir ihre Schreie hören – und dies ist auch gewollt. Die politisch Verantwortlichen handeln nach dem Motto: „Wen kümmern die Flüchtlinge noch, wenn sie gar nicht zu uns kommen können?“ Was ist das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Asyl noch wert, wenn Menschen, die verfolgt werden und in Not sind, überhaupt nicht mehr die Chance haben, in einen EU-Staat zu kommen, um ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen?

Alleine im Mittelmeer werden jährlich mehr als 50.000 Menschen aufgegriffen, und still und heimlich gezwungen, in nordafrikanische Staaten zurückzukehren. Unter Aufgabe des eigenen humanistischen Anspruchs

haben die Staaten der EU diktatorische Regimes als „sichere Drittstaaten“ definiert und diese im Rahmen der Mittelmeerstrategie der EU dazu gezwungen, Rückführungsabkommen mit der EU abzuschließen.

Kürzlich übte das Antifolterkomitee des Europarats scharfe Kritik an der italienischen Ausweisungspraxis, die illegale EinwanderInnen aus afrikanischen Staaten nach Algerien und Libyen zurück schickt. In Libyen drohen Flüchtlingen oft stundenlange Fahrten in verriegelten Lastwagen, in denen viele sterben. Vielfach werden sie von der Polizei geschlagen und sexuell misshandelt. Das Antifolterkomitee wirft der italienischen Regierung auch vor, Abschiebegesetze zu verletzen, weil die Flüchtlinge in Länder zurück geschickt werden, in denen sie möglicherweise Folter und anderen „unmenschlichen Bestrafungen“ ausgesetzt sind. Mit dieser Abschiebungsstrategie verstößt Italien gegen die Menschenrechte, so das Komitee.

Die Kritik von Organisationen wie amnesty international oder dem Deutschen Menschenrechtsinstitut an der menschenrechtsfeindlichen EU-Asylpolitik im Mittelmeer bleibt ohne Folgen. Die Regierungen ignorieren einfach, dass viele der Flüchtlinge bei den nächtlichen Überfahrten mit den kleinen Schlauchbooten sterben müssen. Zwischenzeitlich ist die Meerenge von Gibraltar mit 13.000 bis 15.000 Toten zum Massengrab Europas geworden.

Die Unmenschlichkeit der europäischen und deutschen Flüchtlingspolitik wird auch deutlich an dem kürzlich geschlossenen Rückführungsabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo. Mehr als 14 000 Roma müssen mit ihrer Abschiebung in den Kosovo rechnen. Dort erwarten sie unmenschliche Zustände und Antiziganismus. Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingsorganisationen sind entsetzt über diesen Beschluss der Bundesregierung.

Geradezu zynisch ist die Aussage des deutschen Bundesinnenministers, Thomas de Maizière, dass „das Rückübernahmeabkommen die bisherige gute und erfolgreiche Zusammenarbeit beider Seiten bei der Bekämpfung der illegalen Migration auf eine neue Grundlage stellt.“ Weiter führt er aus: „Nach seinem Inkrafttreten wird es den deutschen Ausländerbehörden nicht nur wie schon bisher möglich sein, ausreisepflichtige kosovarische Staatsangehörige oder andere aus dem Kosovo stammende Personen dorthin zurückzuführen, sondern künftig auch Drittstaatsangehörige und staatenlose Personen, wenn diese aus dem Kosovo rechtswidrig nach Deutschland eingereist sind oder ihren Aufenthalt in Deutschland über den erlaubten Zeitraum hinaus ausgedehnt haben.“

Zwar erhalten die Abgeschobenen für die Anfangszeit Zuschüsse zu Mietkosten, Lebensmitteln und Medikamenten. Jedoch werden diese Leistungen lediglich für wenige Wochen gewährt. Danach sind sie auf sich selbst gestellt. Wer sich weigert, »freiwillig« zurückzukehren und abgeschoben wird, erhält nur für die ersten sieben Tage reduzierte Leistungen. So bekommen Rückkehrer 600 Euro für eine Erstausstattung, Abgeschobene 300 Euro. Dieses Programm hilft den Betroffenen nicht wirklich, da es auf maximal

fünf Monate begrenzt wurde und an der Armut und Arbeitslosigkeit der Betroffenen nichts verändert.

Die Situation für Roma ist katastrophal. Über 90 Prozent der Abgeschobenen aus der EU müssen ohne Einkommen und Arbeit überleben. Zum Teil müssen die Roma, wie zum Beispiel im Lager in Leposavic, in einem spärlich beheizten ehemaligen Hangar vegetieren. Unter diesen Menschen befinden sich auch Rückkehrer aus Deutschland. Bekannt wurden zum Beispiel auch die Lager Osterode und Cesmin Lug. Beide Lager wurden auf bleiverseuchten Böden errichtet. Von den vergifteten Böden gehen massive gesundheitliche Schädigungen aus. Die kosovarischen Behörden nehmen billigend in Kauf, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unter Vergiftungserscheinungen leiden und Kinder mit Missbildungen und Behinderungen zur Welt kommen.

Amnesty International übt scharfe Kritik an dem Abkommen, weil Roma und andere Minderheiten im Kosovo unter »unverhältnismäßiger« Diskriminierung und Gewalt leiden müssen. Die meisten Roma und Ashkali haben Angst vor weiteren Repressionen und zeigen Übergriffe nicht an. Gemeinsam mit den Betroffenen sollten wir uns dafür einsetzen, dass die Abschiebungen aus den EU-Staaten sofort gestoppt werden.

Armutsbekämpfung ist der Schlüssel

Ohne eine grundsätzliche Veränderung der ungerechten kapitalistischen Globalisierung können die Ursachen von Flucht und Vertreibung nicht bekämpft werden. Diese Form der heutigen kapitalistischen Globalisierung trägt maßgeblich dazu bei, dass die Flüchtlingszahlen zunehmen.

Heute müssen mehr als 3 Milliarden Menschen mit weniger als zwei Dollar am Tag leben. Die 400 reichsten Menschen der Welt haben ein größeres Einkommen als die Hälfte der ärmeren Weltbevölkerung zusammen. Dies bedeutet, dass sich 3,5 Milliarden Menschen das gleiche Einkommen teilen müssen wie die 400 reichsten Menschen der Welt!

Das Armutsproblem auf der Welt ist in Wirklichkeit ein Reichtumsproblem – genau gesprochen ein Verteilungsproblem. Deshalb müssen in vielen Ländern des Südens Menschen ohne sauberes Trinkwasser auskommen und sterben an den Folgen des verschmutzten Wassers.

Obwohl es laut dem Weltagrarbericht von 2008 möglich wäre, auf ökologischer und nachhaltig angelegter Landwirtschaft – ohne den Einsatz von Gentechnik – bis zu zwölf Milliarden Menschen zu ernähren, verhungert alle fünf Sekunden auf der Welt ein Kind. Hunger ist kein Schicksal, dem die Menschen nicht entfliehen können. Hunger wird politisch und ökonomisch gemacht! Dazu schrieb der ehemalige UN-Sonderbeauftragte für Fragen der Welternährung Jean Ziegler völlig zutreffend: „Hunger ist kein Schicksal; ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.“

Es ist die heutige kapitalistische Weltwirtschaftsordnung, die maßgeblich daran schuld ist, dass Urwälder abgeholzt werden, um für die Industrienationen billiges Holz, Weideflächen für die Rinderzucht oder Treibstoff für die Autos zur Verfügung zu stellen.

Viele der Kriege in Afrika und anderen Regionen der Erde werden um Rohstoffe und Energievorräte sowie um Naturressourcen wie Wasser geführt. Deshalb gilt: Ohne den Kampf um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung werden die Ursachen von Krieg, Vertreibung und Flucht nicht verhindert werden können.

Europäische Handelspolitik

Die Staaten der EU tragen maßgeblich zur Armut in weiten Teilen der Welt bei. Besonders die europäische Handelspolitik, die einseitig die Interessen der europäischen Konzerne gegen die Interessen der ärmeren Staaten durchsetzt, verhindert eine nachhaltige und soziale Entwicklung dieser Staaten. Die EU-Handelspolitik erzwingt von den ärmeren Staaten eine Öffnung ihrer Märkte für europäische Produkte.

Die EU zwingt die ärmsten Staaten der Welt, ungerechte Handelsabkommen mit der EU abzuschließen. Mit den so genannten EPAs, den Economic Partnership Agreements, werden Freihandelsabkommen nach dem Wunsch der großen europäischen Konzerne und der exportorientierten Landwirtschaft der EU durchgesetzt. Ziel ist die Eroberung der Märkte in diesen Staaten. Die Zerstörung der dortigen kleinbäuerlichen Betriebe und kleiner Industriebetriebe, die diesem Wettbewerb nicht standhalten können, wird dabei in Kauf genommen.

Die Staaten werden gezwungen, ihre Zölle auf importierte Waren aus der EU drastisch zu reduzieren und ihre Märkte nicht nur für Industrie- und Agrarprodukte aus der EU, sondern auch für Investitionen, Dienstleistungen und das öffentliche Beschaffungswesen zu öffnen.

Wenn Entwicklungsländer zu einer solchen umfassenden Marktliberalisierung und dem Zollverbot für Importgüter gezwungen werden, hat das katastrophale Auswirkungen auf die lokalen Märkte: Bauern und Bäuerinnen geben ihre landwirtschaftliche Produktion auf, da sie mit den subventionierten Discountpreisen der importierten Nahrungsmittel nicht konkurrieren können.

Der erzwungene Import von Hühnerfleisch aus der EU nach Ghana ist ein gutes, bzw. trauriges Beispiel. Durch den Export von hochsubventioniertem europäischem Hühnerfleisch haben dort zehntausende lokaler Produzenten ihre Existenz verloren, weil ihr Hühnerfleisch teurer als das importierte war.

In Kamerun wird tief gefrorenes Schweinefleisch aus Europa für 1 Euro pro Kilo verkauft, frische, heimische Ware dagegen zum Preis von 2,50 Euro. Die EU subventioniert jedes Kilo mit 31 Cent. Regionale Anbieter werden vom

Markt verdrängt. Francisco Mari, Afrika-Experte beim EED erklärte zu diesem Problem: „Es werden ungefähr 30.000 Tonnen Fleisch nach Westafrika aus Europa exportiert. Das bedeutet den Verlust von 210.000 Arbeitsplätzen in Afrika. Da in Afrika jeder Vollarbeitsplatz ungefähr sieben Menschen ernährt, heißt das ungefähr 1,4 Millionen Menschen werden durch diese Exporte in die Armut geschickt.“

Allerdings sind die Exporthilfen der EU nicht das einzige Problem für die Bauern in Afrika. Vielmehr führt vor allem die von der EU-Agrarreform vorangetriebene Industrialisierung der Viehzucht dazu, dass Großproduzenten aus der EU weniger entwickelte Länder überrollen. Seit dem Abschluss der Uruguay-Handelsrunde und der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1994 hat die EU ihr Instrumentarium grundlegend verfeinert. Dadurch ist die EU-Produktion von Schweinefleisch um über die Hälfte gestiegen und der Export hat sich seit Anfang der 1990er Jahre auf rund 1,45 Millionen Tonnen in den vergangenen Jahren fast verdoppelt.

Die internationale Vereinigung der Menschenrechtsorganisationen (FIDH) hat in einem Memorandum darauf hingewiesen, dass die Handelsabkommen die Menschenrechte von vielen Millionen Menschen verletzen. Insbesondere das Recht auf Arbeit und das Recht auf Ernährung wird in den AKP-Staaten durch die EPAs massiv gefährdet. Selbst Studien, die von der EU direkt in Auftrag gegeben wurden, bestätigen dies. Neben einer Gefährdung der Ernährungssicherheit tragen die EPAs zu einem weiteren Zusammenbruch von lokalen und nationalen Industrien und Handwerksbetrieben bei.

Aminatea Traoré, ehemalige Kultusministerin von Mali und eine der prominentesten Aktivistinnen Afrikas, hat die Freihandels-Abkommen als die „Massenvernichtungswaffen Europas“ bezeichnet. Sie sagte weiter: „Europa verlangt von uns Wettbewerbsfähigkeit, aber mit China erfährt es Wettbewerbsfähigkeit am eigenen Leib und kriegt die Panik. Europa schickt uns seine Hühnerbeine, seine Gebrauchtwagen, seine abgelaufenen Medikamente und seine ausgelatschten Schuhe, und weil eure Reste unsere Märkte überschwemmen, gehen unsere Handwerker und Bauern unter. Jetzt schickt China seine Produkte nach Europa, und zwar nicht einmal Reste, sondern saubere, wettbewerbsfähige Waren. Und was tut Europa? Es diskutiert über Zölle. Also sage ich: Auch Afrika darf sich schützen. Europa kann doch nicht vor China Panik kriegen und zugleich von Afrika Öffnung verlangen. ... für uns sind diese Abkommen die Massenvernichtungswaffen Europas.“

Diese Abkommen verschärfen Armut und sind eine Ursache für zunehmende Migration. Viele Aktivistinnen und Aktivisten weisen darauf hin, dass sie die heutige Handelspolitik der EU für viel gefährlicher für die Lebenssituation der Menschen in ihren Ländern halten als die aggressive Außenpolitik der USA.

FRONTEX macht Jagd auf Flüchtlinge

Die EU-Regierungen als Mitverursacher reagieren darauf mit Abschottung. Schiffe, Flugzeuge und gut ausgerüstete Polizeieinheiten der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX machen Jagd auf Flüchtlinge, schaffen sie zurück und verweigern ihnen damit das Recht, einen Flüchtlingsstatus zu beantragen. Diese menschenrechtswidrige Praxis wird in einer Studie des Deutschen Menschenrechtsinstituts deutlich angeprangert.

FRONTEX, von franz. „frontieres exterieures“, ist die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, engl. European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union. 2004 verabschiedete der Rat der Europäischen Union die Verordnung zur Schaffung der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. Seitdem wird der systematische Aufbau der Festung Europa betrieben. So hat FRONTEX in Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen und Rüstungsunternehmen verschiedene Aspekte des Ausbaus von Grenzschutzmaßnahmen, die Vernetzung nationaler Überwachungstechnologien, biometrische Grenzsicherungstechnologien, Überwachungsmöglichkeiten von Küsten und Hafenanlagen und den Einsatz von Drohnen zur Überwachung der Grenzen erforscht.

Die EU gibt wesentlich mehr Geld für Grenzkontrollen als für die Integration der Migrantinnen und Migranten aus. Mit modernster Technologie, satellitengestützten Überwachungssystemen, High-Tech-Zäunen, Nachtsichtgeräten an der Grenze und hochgerüsteten Grenzsicherungssystemen rüsten die Industriestaaten gegen Flüchtlinge auf.

Mit dem Abkommen von Schengen aus dem Jahr 1995 wurden die Grenzkontrollen zwischen den Schengen-Mitgliedsstaaten abgeschafft, gleichzeitig wurde ein System der Sicherung der neuen Schengen-Außengrenzen geschaffen, das eine „Militarisierung und Technisierung“ der Schengen-Außengrenzen mit sich bringt.

Seit der Etablierung des Schengenraums verläuft die Entwicklung der europäischen Politik der Abschottung gegen Flucht und Migration rasant. Innerhalb eines Jahrzehnts ist die EU-Außengrenze um hunderte Kilometer nach Osten gewandert. Die „Sicherung“ der EU-Außengrenzen wird immer mehr zu einer europäischen Gemeinschaftsaufgabe, in der die demokratisch gewählten Parlamente de facto kein Mitspracherecht haben.

Schuldknechtschaft brechen

Durch die Politik der Industriestaaten werden die Staaten Afrikas, Südamerikas und Asiens in immer höhere Auslandsverschuldung und damit in die Schuldenknechtschaft von IWF und Weltbank gezwungen. Mit den so genannten Strukturanpassungsprogrammen werden die Institutionen des Staates ausgehöhlt und finanzielle Ressourcen, die eigentlich für Bildung,

Gesundheit und Sozialpolitik notwendig wären, in den Schuldendienst umgeleitet. Aktuell passiert das auch in Griechenland und in anderen EU-Staaten. Durch die Spekulation wachsen die Kosten für Kredite und damit die Schulden. Als Folge werden den Staaten rigorose Sparpakete insbesondere im Sozialbereich aufgezwungen. Löhne und Renten werden gekürzt, die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen werden vorangetrieben, das Kapital freut sich und macht mit der Spekulation Riesengewinne. Die Gesellschaften driften weiter auseinander, die Schere zwischen arm und reich wird größer. Das ist demokratie-gefährdend, dagegen müssen wir gemeinsam kämpfen. Ich will keine politischen Verhältnisse wie in Ungarn, wo die neofaschistische Partei Jobbik bei den Wahlen drittgrößte Fraktion im Parlament wurde.

Menschenhandel ist heute weltweit das profitabelste Geschäft. Meistens hat er eine Verbindung zu Drogenhandel und Waffenhandel, und die Hauptakteure sind oft auch dieselben. Das sind mafiöse Strukturen, die sich inzwischen auch in der normalen Wirtschaft breit machen und zunehmend Einfluss gewinnen.

Wie weit das geht, zeigt zum Beispiel Frankreich. Dort wurde ein Drittel aller Autobahnen mit irregulären Arbeitskräften gebaut. Durch das damit verbundene Lohndumping haben die großen Baukonzerne riesige Extraprofite erwirtschaftet. In Italien soll der Anteil der „Illegalen“ an der Erwirtschaftung des Bruttosozialproduktes sogar zwischen 20–30 Prozent des Bruttosozialproduktes liegen.

Es sind die Nachfrage nach billigen und rechtlosen Arbeitskräften, das Interesse an Lohndumping und der Zerstörung des Arbeitsrechts auf der einen Seite und die Perspektivlosigkeit in den Heimatländern der Migrantinnen und Migranten auf der anderen Seite, die die „irreguläre Migration“ durch die Schlepperbanden fördern.

Dem Rassismus gemeinsam entgegentreten

Die Reaktionen auf die zunehmende populistische und rassistische Politik und auf die wachsenden sozialen Spannungen sowie der zunehmenden Armut in der EU sind sehr beunruhigend:

- In Ungarn hat die offen antiziganistisch und rassistisch argumentierende Partei Jobbik 16,2 Prozent der Stimmen bekommen.
- In den Niederlanden errang die ausländerfeindliche und islamophobe „Partei für die Freiheit“ (PVV) von Geert Wilders 15,6 Prozent der Stimmen.
- In Österreich haben BZÖ und FPÖ 10,7 Prozent und 17,5 Prozent der Stimmen erhalten.

Ein weiterer Rechtsruck in Europa kann nur verhindert werden, wenn sich fortschrittliche Parteien und Verbände, antirassistische Initiativen gemeinsam mit Kirchen, Verbänden und Organisationen dieser Rechtsentwicklung entgegenstellen. Hier hilft auch kein Anpassungsversuch an diese rassistischen oder populistischen Positionen. Wenn sich fortschrittliche, sozialdemokratische und linke Parteien und Organisationen auf diese Argumentation einlassen, fördern sie nur die populistischen und rassistischen Parteien. Sie machen damit die falschen und menschenverachtenden Argumente salonfähig.

Wir müssen dieser besorgniserregenden Entwicklung eine Politik der offenen Grenzen und der Integration von Flüchtlingen entgegensetzen. Wir müssen uns gemeinsam mit den Migrantinnen und Migranten für eine andere, eine offene Gesellschaft engagieren in der jeder Mensch, gleich welchen Pass er besitzt, gleiche Rechte genießt.

Gemeinsam sollten wir uns dafür einsetzen, dass die soziale Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten und die Ausrichtung der Migrationspolitik nach Nützlichkeitskriterien beendet werden.

Wir müssen uns gegen jegliche Abschiebung von Menschen aus Kriegsgebieten wenden und ein Asylrecht für alle politisch Verfolgten durchsetzen. Gemeinsam sollten wir uns dafür einsetzen, dass eine offene Migrations- und Integrationspolitik, die auf Ausgrenzung verzichtet und die Rechte und soziale Lage von Migrantinnen und Migranten stärkt, in den Ländern der EU durchgesetzt wird.

Wir brauchen einen Opferschutz für die Opfer des Menschenhandels. An erster Stelle müssen wir für einen sicheren Aufenthaltsstatus der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution kämpfen. Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden und bereit sind, gegen ihre Täter auszusagen, müssen einen sicheren Aufenthaltstitel erwerben. Sonst schützen wir die Täter! Und das darf nicht sein.

Das Asylrecht muss in allen Staaten der EU als individuell einklagbares Recht verankert werden. Hierbei müssen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt gelten. Die europäische Migrationspolitik muss so ausgerichtet werden, dass die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umgesetzt wird.

Geschlechtsspezifische Fluchtursachen müssen endlich als Asylgrund umfassend anerkannt werden. Frauen, die in ihrem Herkunftsland von geschlechtsspezifischer Gewalt – wie zum Beispiel weiblicher Genitalverstümmelung – bedroht sind, müssen in der EU vor Abschiebung geschützt werden. Dies muss auch für Menschen, die die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, gelten.

Gemeinsam müssen wir dafür kämpfen, dass für die hunderttausende „Illegale“ elementare Menschenrechte wie Schulbildung und die Behandlung

von Erkrankungen gesichert werden und diese Menschen eine Perspektive eines legalen Aufenthalts erhalten.

Gemeinsam müssen wir uns jeglicher Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenstellen. Gerade von einer fortschrittlichen und linken Organisation wie den NaturFreunden müssen sich die Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund Hilfe und Unterstützung für die Durchsetzung ihrer Rechte erwarten können. Ich möchte alle einladen, gemeinsam für eine andere Flüchtlingspolitik zu streiten und gegen dieses unmenschliche System aufzustehen!

Unsere Aufgabe besteht darin, Flüchtlinge und Migranten zu ermuntern, ihre Rechte wahrzunehmen, gegen Ungerechtigkeit zu protestieren und gemeinsam mit ihnen für eine andere, eine gerechtere Politik zu kämpfen.

Eine kleine kommentierte Auswahl von Literatur:

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Welt im Wandel, Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin 2008, Kostenloser Download oder Bezug über www.wbgu.de .

Fundierte Analyse möglicher Risiken und Entwicklungen in Folge des Klimawandels. Man wünschte sich, dass die Beratene den Rat zur Kenntnis genommen hätte und danach handelte.

Frank Biermann: Umweltflüchtlinge. Ursachen und Lösungsansätze. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B12, 2001. Kostenloser Download oder Bestellung über Bundeszentrale für politische Bildung. www.bpb.de .

Gute, allgemein verständliche Einführung in das Thema.

Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2010. Einfach besser leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil. Oekom 2010. (€ 19,90)

Ein Sammelband mit reformistischen Ansätzen aus der ganzen Welt, was die Bürger (Zivilgesellschaft) tun können nach dem Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz.

OECD, Laurent Bossard: The future of international Migration to OECD countries regional note West Africa, Paris. Kostenloser Download über www.oecd.org

Enthält einige interessante Daten über Migration und Binnenmigration in Westafrika.

Deutschlandfunk, Sendung „Gesichter Europas“: Jenseits der Schengen-Grenze: Die Ukraine und das Flüchtlingsproblem. Sendung vom 28.11.2009.

Kostenloser Download des Sendemanuskripts über www.deutschlandradio.de
Sehr eindrückliche Reportage über FRONTEX und die Situation von Flüchtlingen aus Osteuropa und Afrika.

Christoph Marischka: Die europäische Sicherheitspolitik in Westafrika, IMI-Studie Nr. 12/2009. Kostenloser Download über www.imi-online.de .

Der Artikel beleuchtet die Militärpolitik der EU für Westafrika und stellt sie in den Zusammenhang zum Flüchtlingsproblem.

International Migration Institute (University of Oxford), Hein de Haas: The myth of invasion. Irregular migration from West-Africa to the Maghreb and the European Union, 2007. Kostenloser Download über www.imi.ox.ac.uk .

Faktenreiche Studie über Migrationsströme aus Westafrika.

Umweltmigration. Stichwort von Manfred Wöhlcke im Online-Handbuch Demografie des Berlin-Instituts. www.berlin-institut.org

Online-Lexikon-Artikel mit weiteren verlinkten Schlagworten.

UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung. Kostenloser Download über www.undp.org .

Stellt die positiven Seiten der Migration in den Vordergrund und ordnet sie in die Ziele der Vereinten Nationen ein.

Fabrizio Gatti: Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa, Kunstmann 2010. (italienische Originalausgabe: Bilal. Milano 2007) € 24,90.

Der renommierte italienische Journalist macht sich auf die Reise als „Illegaler“ von Dakar nach Neapel. Eine fesselnde Reportage auf 450 Seiten, unbedingt lesenswert.

Alle Downloads auch direkt verfügbar über www.migration.naturfreunde.de .